

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael
Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/7157 –**

Fairen Wettbewerb im Luftverkehr bewahren – Sicherheit erhöhen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auffordern soll, sich auf europäischer Ebene und auf WTO-Ebene dafür einzusetzen, den Wettbewerbsrahmen zu erhalten. Es müsse verhindert werden, dass der Luftverkehr wieder zu einer Spielwiese für staatliche Interventionen und Subventionen werde. Bei der Bewertung möglicher Unterstützungsmaßnahmen für die nationale Luftverkehrswirtschaft seien strenge Kriterien anzulegen, die marktverzerrende Dauersubventionen ausschließen. Maßstab müssten die WTO-Regeln sein. Gleichzeitig sei zu vermeiden, dass nationale Carrier im Wettbewerb mit subventionierten Wettbewerbern unverschuldet ins Hintertreffen gerieten. Unternehmen, die sich über Jahre eine günstige Marktposition erarbeitet hätten, dürften keinesfalls gegenüber schwächeren Unternehmen benachteiligt werden, die nur noch durch Subventionen am Markt bestehen könnten.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der CDU/CSU und der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/7157 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Hans-Günter Bruckmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hans-Günter Bruckmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7157 in seiner 201. Sitzung am 15. November 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auffordern soll, sich auf europäischer Ebene und auf WTO-Ebene dafür einzusetzen, den Wettbewerbsrahmen zu erhalten. Es müsse verhindert werden, dass der Luftverkehr wieder zu einer Spielwiese für staatliche Interventionen und Subventionen werde. Bei der Bewertung möglicher Unterstützungsmaßnahmen für die nationale Luftverkehrswirtschaft seien strenge Kriterien anzulegen, die marktverzerrende Dauersubventionen ausschließen. Maßstab müssten die WTO-Regeln sein. Gleichzeitig sei zu vermeiden, dass nationale Carrier im Wettbewerb mit subventionierten Wettbewerbern unverschuldet ins Hintertreffen gerieten. Unternehmen, die sich über Jahre eine günstige Marktposition erarbeitet hätten, dürften keinesfalls gegenüber schwächeren Unternehmen benachteiligt werden, die nur noch durch Subventionen am Markt bestehen könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 125. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion CDU/CSU und der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, der Antrag der Fraktion der FDP sei abzulehnen, weil er durch Regierungshandeln überholt sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** meinte, ein Teil der im Antrag geforderten Punkte sei nach wie vor aktuell. Sie werde dem Antrag zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, die wesentlichen Punkte des Antrags aus dem Jahr 2001 seien nach wie vor aktuell.

Berlin, den 15. Mai 2002

Hans-Günter Bruckmann
Berichterstatter

